

- 1. Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen? Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Nein. Wir treten für ein europäisches Gegenmodell des neuen amerikanischen Wegs ein, der auf Alleingänge, Protektionismus mit Strafzöllen und einer Senkung der erreichten Sozial- und Umweltstandards setzt. Wir wollen eine gemeinsame Problembewältigung in Form einer wertebasierten Handelspolitik, die hohe Standards und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur Basis des gemeinsamen Handels macht. Wir treten ein für Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Wir FREIE WÄHLER werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass öffentliche Dienstleistungen wie die Trinkwasserversorgung oder Abwasserbeseitigung nicht durch Brüssel und den internationalen Handel unter Privatisierungsdruck geraten. Wir setzen uns weiterhin für unangreifbare Ausnahmen für solche sensiblen Bereiche bei der Vereinbarung neuer Handelsregeln ein und machen uns dafür stark, dass unsere Städte und Gemeinden auch künftig die volle Gestaltungs- und Organisationshoheit bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen haben.

- 2. Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Nein. Eine wertebasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik wollen wir FREIE WÄHLER insbesondere im Handel mit Afrika. Handels- und Fischereiabkommen, die Armut und Elend verursachen und damit die wachsende Migration nach Europa befördern, müssen endlich von fairen und nachhaltigen Abkommen abgelöst werden. Die privatwirtschaftlichen Gewinne, die aktuell im afrikanischen Raum durch unfaire Handelspraktiken erreicht werden, stehen in keinem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kosten des steigenden Migrationsdrucks auf Europa. Entsprechend wollen wir die Post-Cotonou-Verhandlungen gestalten.

- 3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu „regulatorischer Kooperation“ abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?**

Wir FREIE WÄHLER wollen hohe Gesundheits- und Sozialstandards der Europäischen Union zur Grundlage von Handelsabkommen machen. Unsere Überzeugung ist es, hierfür international Partner gewinnen zu können. Damit setzen wir bewusst auf ein Gegenmodell zur aktuellen Handelspolitik der USA.

4. **Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte „Investitionsschutz-Schiedsgerichte“) mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?**

Teil der wertebasierten Handelspolitik der EU muss die Abkehr von Schiedsgerichten auch in bereits existierenden internationalen Handelsabkommen sein. Stattdessen setzen wir FREIE WÄHLER uns dafür ein, einen allgemein akzeptierten multilateralen Handelsgerichtshof zu etablieren, der auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruht.

5. **Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird? Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten? Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?**

Mit uns wird es keine Handelsabkommen mit Staaten geben, die sich nicht dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet haben. Wir treten für ein europäisches Gegenmodell des neuen amerikanischen Wegs ein, der auf Alleingänge, Protektionismus mit Strafzöllen und einer Senkung der erreichten Sozial- und Umweltstandards setzt. Wir wollen eine gemeinsame Problembewältigung in Form einer wertebasierten Handelspolitik, die hohe Standards und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur Basis des gemeinsamen Handels macht.

6. **Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?**

Nein. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die Vollendung des digitalen Binnenmarktes ein. Allerdings sehen wir die Beseitigung der Datenlokalisierungsbeschränkungen für nicht personenbezogene Daten kritisch, weshalb wir eine Öffnung ohne Möglichkeiten zur nachträglichen Beschränkung im Rahmen von Handelsvereinbarungen ablehnen. Die EU muss immer die Möglichkeit zur Durchsetzung der Vorgaben des hohen europäischen Datenschutzniveaus behalten. Bei der Neuverhandlung für einen sicheren Datenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen, wie zum Beispiel dem „Privacy-Shield“-Abkommen mit den USA müssen die gemeinsamen Standards für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben.

Auch die Verpflichtung zur Offenlegung von Quellcodes in Sicherheitsrelevanten Sektoren, wie z.B. der aktuellen 5G Auktion, wollen wir uns im Rahmen von Handelsvereinbarungen erhalten.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin dafür ein, dass multinationale Konzerne und insbesondere Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon endlich steuerlich in die Pflicht genommen werden. Die Monetarisierung der Daten europäischer Nutzerinnen und Nutzer stellt ein Wertschöpfungspotenzial dar, welches vor Ort versteuert werden sollte.